Übersicht über die Ergebnisse und Empfehlungen der Bürgerdebatte

Bei der Bürgerdebatte „gerechte Steuern und Finanzen" haben 40 per Losverfahren ausgewählte Bürgerinnen und Bürger an zwei Wochenenden in Erfurt intensiv über gerechter Steuer- und Finanzpolitik diskutiert. Daraus sind vier gemeinsame Leitlinien zu den Themengebieten der Debatte und dreizehn konkrete Empfehlungen entstanden. Die Ergebnisse sind in einem Bürgergutachten aufbereitet. Dort finden sich neben Informationen zum Auswahlverfahren und zum Entstehungsprozess auch die vollständigen Empfehlungen im von den Teilnehmenden abgestimmten Wortlaut. Die folgende Kurzfassung ist im Nachgang der Debatte entstanden.

1. Große Vermögen und Besteuerung von Unternehmensgewinnen

Wenn immer mehr Menschen das Gefühl haben, vom Vermögenswachstum ausgeschlossen zu sein, keine bezahlbare Wohnung finden, sozialer Aufstieg vom Erbe abhängt und der Einfluss großer Vermögen auf Politik wächst, ist die Demokratie in Gefahr. Stattdessen sollte Vermögen dem Gemeinwohl dienen, den Zusammenhalt stärken und Teilhabe ermöglichen. Dafür muss die Ungleichheit begrenzt und das Vermögen gerecht besteuert werden.

Kapitalerträge von privaten Großanlegerinnen und Großanlegern wie Spitzeneinkommen aus Arbeit besteuern: Durch eine progressive Kapitalertragsteuer von 10 bis 45 Prozent, mit Anrechnung der Unternehmensteuer für Unternehmerinnen und Unternehmer.

Zustimmung: 89,7 Prozent

Große Erbschaften auch von Betriebsvermögen besteuern ohne die Existenz zu gefährden: Durch ein realistisches Bewertungsverfahren, Verschonungsregeln, die Betriebsvermögen bis 13 Millionen Euro freistellen und nur noch bis 26 Millionen Euro eine bedarfsabhängige Verschonung ermöglichen, sowie die Möglichkeit, die Steuer erst bei der Gewinnentnahme zu zahlen.

Zustimmung: 92,3 Prozent

Einmalige Vermögensabgabe erheben: Basierend auf dem durchschnittlichen Vermögen der letzten drei bis fünf Jahre, mit Freibeträgen für kleine und mittlere Vermögen, zahlbar in zehn Jahren zur Finanzierung eines staatlichen Zukunftsfonds.

Zustimmung: 74,4 Prozent

2. Soziale Sicherung

Soziale Sicherheit für Alte, Junge, Kranke und aus anderen Gründen eingeschränkte Menschen nach dem Solidarprinzip ist ein gemeinsames gesellschaftliches Ziel. Gerechtigkeit heißt, keine Existenzängste und Sorgen um Wohnung oder Geld für Essen, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe sowie die Chance für jedes Kind sein Potential zu entwickeln. Dafür brauchen wir ein System, das unterstützt und gleichzeitig Anreize für Arbeit bietet.

Gesetzliche Krankenversicherung für alle und aus einer Hand schaffen: Ohne private Versicherung für Beamtinnen und Beamte, Selbständige und Kulturschaffende, mit verschiedenen Tarifmodellen und der Möglichkeit zur privaten Zusatzversicherung.

Zustimmung: 74,4 Prozent

Kleine Renten entlasten, Rentensystem stabilisieren und gerecht finanzieren: Durch Steuerfreiheit bis 1.500 Euro und die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen kombiniert mit einer Maximalrente von 4.500 Euro brutto pro Monat.

Zustimmung: 69,2 Prozent

Gesetzliche Rente auf Beamtinnen und Beamte ausweiten und Rentenniveau für sie auf 60 Prozent des letzten Bruttogehalts absenken. **Zustimmung: 59 Prozent**

Abstand zwischen Grundsicherung und Mindestlohn erhöhen: Durch einen höheren Mindestlohn; einen Grundfreibetrag von 1.500 Euro und eine flachere Steuerprogression auch für Midi-Jobs bei gemeinsamer Veranlagung. **Zustimmung: 89,7 Prozent**

Eine ergänzende Kapitaldeckung für die Rente mit staatlichen Investitionen aufbauen. **Zustimmung: 74,4 Prozent**

3. Umgang mit Steuergeldern

Steuergelder gehören allen, deswegen muss für alle erkennbar sein, wofür sie eingesetzt werden. Der Sozialstaat sollte wieder stärker auf Armutsbekämpfung, Bedürftigkeit, benachteiligte Gruppen und insgesamt gleichwertige Lebensverhältnisse fokussiert sein. Die Kommunen sollten mehr Entscheidungskompetenz und finanzielle Handlungskraft bekommen. Bürgerinnen und Bürger sollten bei gesellschaftlich relevanten Investitionen stärker beteiligt werden.

Regionale Vielfalt effizienter fördern: Durch ein digitales Bundesportal für Förderprogramme und die Bevorzugung regionaler Anbieter bei kleinen Vergabeverfahren. **Zustimmung: 82,1 Prozent**

Bürger bei der Vergabe von Steuergeldern beteiligen: Durch vorgeschaltete Bürgerräte und verbindliche Volksentscheide ab bestimmten Ausgabeschwellen nach dem Vorbild der Schweiz. **Zustimmung: 79,5 Prozent**

Effizienter bauen: Durch länder- und kommunenübergreifende Zusammenarbeit, regelmäßige Überprüfung von Bauvorschriften und die Stärkung der Bauaufsicht mit konsequenten Sanktionen für Zeit- und Budgetüberschreitungen. **Zustimmung: 68,4 Prozent**

4. Steuerbetrug

Steuerbetrug gefährdet das Politikvertrauen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Komplexe und große Fälle dürfen nicht ungeahndet bleiben oder weniger konsequent verfolgt werden. Die Verfolgung muss effizienter, digitaler und in internationaler Zusammenarbeit erfolgen und personell gestärkt werden. Steuervermeidung von multinationalen Konzernen muss unterbunden werden und Schlupflöcher sollten schneller geschlossen werden.

Komplexe und große Fälle effektiv verfolgen: Durch eine zentrale Ermittlungsbehörde, ein Steuerforschungsinstitut, gezielte Personalaufstockung und eine zentrale Fahndungsdatenbank. **Zustimmung: 79,5 Prozent**

Rechtliche Möglichkeiten erweitern und öffentliches Bewusstsein stärken: Durch möglichst wenig Raum für Schlupflöcher, eine Kronzeugenregel, E-Rechnungen, die direkt mit den Finanzbehörden geteilt werden und vor Ort Kontrollen gegen die Einrichtung von Scheinunternehmen sowie öffentliche Berichterstattung mit namentlicher Nennung bei allen großen Fällen. **Zustimmung: 71,8 Prozent**

MEHR DEMOKRATIE

NETZWERK STEUERGERECHTIGKEIT

BdSt Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.